

## Arbeitsbericht Dezember 2003 bis November 2005

Die Mitgliederversammlungen halten uns immer wieder dazu an, auf unsere Arbeit und ihre Rahmenbedingungen in den letzten beiden Jahren zurückzublicken. Pragmatismus, schnelle Problemlösungen ohne die Last orientierender Werte, oberflächliche Analysen so lassen sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beschreiben, gegen die wir unsere Arbeit seit einigen Jahren organisieren. Unsere Orientierung an Grund- und Menschenrechten, an demokratischer Gestaltung erscheint darin oft hoffnungslos veraltet. So bleibt uns vor allem ein immer wieder erneuertes „Trotzdem!“, in dem wir die gegenwärtigen Entwicklungen an unseren grundlegenden Maßstäben beurteilen, immer erneut unsere Kritik formulieren und Perspektiven aufzeigen – unsere Utopien reformulieren und uns nicht nur im Abwehrkampf gegen den Abbau liberaler und sozialer Menschenrechte aufreiben.

Der alltäglich erneuerte Widerspruch gegen die Zumutungen herrschender Politik ist zwar auch notwendig. Aber wir dürfen uns nicht davon beherrschen lassen, sondern müssen auch Themen und Probleme selbst wählen und tiefeschürfender analysieren, um nicht immer nur den Zumutungen hinterherzulaufen. In all diesen Kämpfen müssen wir uns sorgfältig PartnerInnen suchen, die zumindest partiell unseren radikal-demokratischen Ansatz teilen und ein Stück gemeinsam mit uns gehen.

Solche Fragen und Probleme haben das Komitee für Grundrechte und Demokratie von Anfang an begleitet. Schon in den Gründungsüberlegungen ist davon die Rede, dass es vergeblich erscheinen könne, sich gegen die Tendenz fortlaufender Ausbreitung einer repressiven Bürokratie zu stemmen (vgl.

Freiheit + Gleichheit, Heft 1). Auch die Themen, die damals die zentralen waren, sind dieselben, die uns noch heute beschäftigen, bis hin zum damals aktuellen Thema der Berufsverbote, das uns im letzten Jahr erneut aufgetischt wurde.

Das Komitee besteht nun also 25 Jahre! Seine Arbeit erscheint uns wichtiger denn je, auch wenn Sisyphos das Urbild zu sein scheint. So haben wir uns in diesem Jahr des 25-jährigen Jubiläums nicht gefeiert, sondern unsere Arbeit engagiert fortgeführt. Über eines allerdings würden wir uns anlässlich dieses Jubiläums freuen: über weitere „Geburtstagsgeschenke“, die unsere Arbeit erst ermöglichen.

Im folgenden Arbeitsbericht werden nur die wichtigsten Schwerpunkte der Komitee-Arbeit in Kürze dargestellt. Ein ausführlicherer Bericht kann im Sekretariat bestellt werden und ist auf unserer Internetseite ([www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de)) unter „Artikel“ zu finden. Über unsere Gefangenearbeit werden wir Anfang nächsten Jahres berichten.

### 1. Friedensarbeit des Komitees

Inhaltlich konzentrierte sich die Friedensarbeit des Komitees im Berichtszeitraum vor allem auf die



aktuellen Kriege und Krisen (u.a. Irak, Afghanistan, Iran, Türkei/Kurdistan) und die parallel entwickelten neuen strategischen Planungen der USA, der NATO und der EU. Die mit der Militarisierung der EU – konkretisiert u.a. im Verfassungsentwurf und in der neuen Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) – verbundenen Gefahren wurden herausgearbeitet und in den Mittelpunkt der friedenspolitischen Öffentlichkeitsarbeit des Komitees gerückt.

Die Begleitung von Strafprozessen machte einen weiteren Anteil der Arbeit aus. Intensiv begleitet wurden die Strafprozesse, die sich im Anschluss an die gewaltfreien Sitzblockaden vor der US-Airbase in Frankfurt ergeben haben. Über 50 Personen hatten Strafbefehle wegen des Nötigungsvorwurfs erhalten. Letztlich bestätigte das Oberlandesgericht die Freisprüche des Landgerichts im September 2005. Ebenfalls wurde die Einstellung von über 1.300 Bußgeldbescheiden wegen

## 25 Jahre

### Komitee für Grundrechte und Demokratie

Wir freuen uns über die Treue so vieler Mitglieder und FördererInnen! Dennoch brauchen wir auch neue Mitglieder und bitten um „Geburtstagsgeschenke“, die unsere Arbeit erst ermöglichen! Herzlichen Dank!

Volksbank Odenwald, Konto: 8 024 618, BLZ: 508 635 13

Eine Spendenquittung erhalten Sie Ende Januar 2006.

## Unsere Gremien:

### Geschäftsführender Vorstand: **Arbeitsausschuss:**

Heiner Busch, Bern  
Theo Christiansen, Hamburg

### Vorstand:

Helga Dieter, Frankfurt  
Corinna Genschel, Berlin  
Birgitte Klass, Frankfurt  
Stephan Nagel, Hamburg  
Helmut Pollähne, Bielefeld  
Albert Scherr, Freiburg

Andreas Bachmann, Hamburg  
Andreas Buro, Grävenwiesbach  
Ursula Ganßauge, Darmstadt  
Peter Grohmann, Stuttgart  
Thomas Hohlfeld, Berlin  
Volker Mergner, Frankfurt  
Albert Scharenberg, Berlin  
Sonja Tesch, Hamburg  
Rudolf Walther, Frankfurt  
Edgar Weick, Frankfurt

Verstoßes gegen das Versammlungsrecht erreicht. Im November 2005 schließlich wurden vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof in letzter Instanz auch noch die Verfahren hinsichtlich der vom Land Hessen geforderten Gebühren für polizeiliches Wegtragen, Transport und Gewahrsamsunterbringungen zu unseren Gunsten entschieden: Die Polizei habe nicht das verhältnismäßig geringste Mittel eingesetzt, um den Platzverweis durchzusetzen. Anfang 2005 veröffentlichten wir zusammen mit der Zeitschrift „Friedensforum“ eine Dokumentation zu den Prozessen.

Ebenfalls unterstützte das Komitee die AtomwaffengegnerInnen, die die Soldaten am Atomwaffenstandort in Büchel aufgefordert hatten, sich der nuklearen Teilhabe der Bundeswehr zu verweigern. Auch hier wurde kürzlich vor dem OLG Koblenz ein juristischer Erfolg verbucht.

Das Komitee arbeitet kontinuierlich in der Kooperation für den Frieden mit, die sich im Januar 2003 neu gegründet hat und die im Netzwerk Friedenskooperative zusammengeschlossenen Gruppen und Organisationen inhaltlich und strukturell verbindlicher koordiniert.

Zum Thema Frieden geben wir immer wieder BürgerInnen-Informationen heraus, die von vielen aufgrund ihrer Kürze und klaren Argumentation sehr geschätzt werden. Im März 2005 erschien eine BürgerInnen-Information zum andauernden Kriegsgeschehen in Tschechien, im September 2005 eine zum drohenden Krieg gegen den Iran.

Das Buch „Geschichten aus der

Friedensbewegung“ wurde im Mai 2005 veröffentlicht. Herausgegeben von Andreas Buro versammelt es Geschichten und Anekdoten aus 50 Jahren Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Ein systematisierter Überblick über die verschiedenen Etappen der Friedensbewegung rundet den Band ab.

Martin Singe arbeitet für das Komitee weiterhin in der Redaktion der Zeitschrift „Friedensforum“ mit, die sechs mal jährlich vom Netzwerk Friedenskooperative herausgegeben wird.

Der Rechtshilfefonds für Totalverweigerer wird von den Komitee-Finanzern unabhängig geführt.

## 2. Aktion

### „Ferien vom Krieg“

In den Sommermonaten der Jahre 2004 und 2005 konnten rund 2.250 Kinder und Jugendliche an der Komitee-Aktion „Ferien vom Krieg“ teilnehmen. 370 Jugendliche bzw. junge Erwachsene aus Israel und Palästina nahmen an Seminarbegegnungen in Deutschland teil. Die gemeinsame Aufarbeitung wechselseitiger „Feind“-Erfahrungen und das Kennenlernen der jeweils anderen Geschichte und Selbstwahrnehmung spielen eine zentrale Rolle in diesen Seminaren.

Aus dem Jugoslawien-Fonds des Komitees wurde außerdem eine Kinderfreizeit für serbische Flüchtlingskinder am Stadtrand von Belgrad unterstützt. In Palästina wurden wiederum Ferienspiele für Kinder aus Flüchtlingslagern, u.a. aus Bethlehem und Nablus, organisiert.

Helga Dieter, die die koordinierende und inhaltliche Gesamtleitung des Projektes für das Komitee

besorgt, erhielt im Oktober 2005 den „Panter-Preis“ für ehrenamtliches Engagement von der „tageszeitung“ überreicht. Unter 12 KandidatInnen fiel die Wahl der LeserInnen der taz auf Helga Dieter mit über 1.300 Stimmen. Das Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro hat Helga Dieter in voller Höhe dem Projekt zur Verfügung gestellt. Insgesamt ist das Spendenaufkommen für „Ferien vom Krieg“ nach wie vor hoch. Allerdings hat sich auch die Ausgabeerhöhung: die Seminare für die Israelis und Palästinenser in Deutschland sind wegen der Unterbringungskosten und Flugkosten sehr hoch, und auch auf dem Balkan ziehen die Preise wieder stärker an.

## 3. Innere Sicherheit und Demonstrationsrecht

Gegen den Wahn von Sicherheit auf Kosten von Freiheitsrechten argumentierten und handelten wir in verschiedenen Kontexten. Seit nine-eleven reißen die Begründungen nicht ab, zum Kampf gegen den Terrorismus, wie auch gegen andere Gefahrenkonstrukte Daten in immer größerem Ausmaß zu sammeln und zu speichern. Die technischen Möglichkeiten der Speicherung und Verarbeitung sind gewachsen, und damit wachsen auch die Begehrlichkeiten.

Im Verlauf des Jahres 2005 haben uns mehrere Hausdurchsuchungen beschäftigt, die bei Einzelnen, Gruppen, aber auch bei Journalisten und Redaktionen stattfanden. In mehreren Fällen urteilten Landgerichte kurz danach, dass diese Hausdurchsuchungen rechtswidrig waren. Die fadenscheinig begründete Hausdurchsuchung der Redaktion von labournet - gegen die wir mit einer schnellen Unterschriftensammlung protestiert hatten - wurde bisher auch gerichtlich legalisiert. Solche Hausdurchsuchungen legen nahe, dass es wesentlich um das Ausspionieren von politischen Zusammenhängen geht.

Einer unserer Schwerpunkte blieb auch in diesem Berichtszeitraum die Demonstrationsbeobachtung, die Begleitung von daraus entstehenden Gerichtsverfahren und die Beratung von denjenigen, die selbst Demonstrationsbeobachtungen planen, und denen, die

während Demonstrationen in Konflikte mit der Polizei verwickelt werden:

- die unangekündigte Versammlung von WagenburgbewohnerInnen in Hamburg (April 2004) - die noch laufenden Prozesse beobachtet Sonja Tesch.
- gemeinsam mit dem „arbeitskreis kritischer juristinnen und juristen an der Humboldt-Universität Berlin“ die Demonstrationen anlässlich des 1. Mai 2004 in Berlin
- die Demonstrationen rund um den Castortransport ins Wendland (November 2004)
- den Protest gegen das alljährliche Treffen der Gebirgsjäger auf dem Hohen Brendten bei Mittenwald (Pfungsten 2005)

Entgegen vielen Stimmen, die ein Verbot von Demonstrationen fordern, die im Umfeld von NPD und rechten Kameradschaften organisiert werden, sprechen wir uns für den uneingeschränkten Erhalt des Grundrechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit aus. Deshalb haben wir auch in einem offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten gegen die Einschränkung des Versammlungsgesetzes und die Erweiterung des Strafgesetzbuches angesichts der Feiern um den 8. Mai argumentiert. Statt staatlichen Verbotes ist die gesellschaftliche Auseinandersetzung geboten.

Zwei Prozesse vor Frankfurter Gerichten zum Versammlungsrecht von Abschiebegegnern beobachteten Christa Sonnenfeld und Rainer Deppe für das Komitee. Hier geht es einerseits um das Versammlungsrecht im Flughafen und andererseits jenes online im Internet.

Im Jahr 2004 hörten wir auch von dem für uns zunächst unglaublichen Vorfall eines erneuten Berufsverbotes im Land Baden-Württemberg. Ein Realschullehrer wurde aufgrund seines politischen Engagements nicht eingestellt. Wir formulierten ein Protestschreiben und beteiligten uns an einer Demonstration und Kundgebung in Heidelberg. Leider ist dieser demokratiefeindliche Akt inzwischen von Hessen wiederholt worden.

#### 4. EU-Verfassung

Seit Anfang des Jahres 2004



© Gottfried Müller, Castortransport, Nov. 2004

beschäftigen wir uns genauer mit dem Entwurf eines Vertrages über eine Verfassung für Europa. Wir kritisierten, dass der vom Europäischen Konvent vorgelegte Entwurf einer EU-Verfassung in keiner Weise den Ansprüchen an eine demokratisch menschenrechtliche Gestaltung dieses Zusammenschlusses entspricht. Gemeinsam mit dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein gaben wir im April 2004 die Broschüre „Die europäische Konstitution des Neoliberalismus - Für eine demokratische europäische Verfassungsbewegung“ heraus.

Nach der Ablehnung durch die Bevölkerungen Frankreichs und der Niederlande im Sommer 2005 liegt er auf Eis - allerdings werden entscheidende Teile inhaltlich bereits umgesetzt. Auf unserer Jahrestagung in Arnoldshain im September 2005 führten wir die Auseinandersetzungen um diese Themen fort. Im Anschluss daran bemühen wir uns mit anderen um eine demokratische europäische Verfassungsbewegung von unten. Eine europäische Demokratie, zusammengesetzt aus vielen Demokratien, muss von unten wachsen.

#### 5. Medizinsystem und elektronische Gesundheitskarte

Ende des Jahres 2004 wurden wir durch Medienberichte auf die Pläne zur elektronischen Gesundheitskarte aufmerksam. Uns schreckten die Absichten auf, medizinische Daten möglicherweise zentral zu speichern, und es erschien uns notwendig, die Kritik an der geplanten Gesundheitskarte mit einer Kritik am Gesundheitssystem zu verbinden. Unser Aufruf zur Gründung einer Arbeitsgruppe

stieß auf breites Interesse. Anfang November diesen Jahres trafen wir uns ein erstes Mal und vereinbarten eine längerfristige Zusammenarbeit, um gegen das vorherrschende Akzeptanzmanagement - vor allem auch des Bundesgesundheitsministeriums - Aufklärungspolitik zu betreiben.

#### 6. Arbeitsgruppe Flucht und Migration

Die Arbeitsgruppe Flucht und Migration hat sich im Jahr 2004 vor allem für die internationale UN-Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in Form einer Sammelpetition eingesetzt. Diese UN-Konvention, die den Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern, auch denen, die sich „illegal“ in einem anderen Land aufhalten, bestimmte Grundrechte zuerkennt, wurde bislang von keinem der wohlhabenden und industrialisierten Ländern ratifiziert. Auch nicht von der Bundesrepublik Deutschland.

Über 1.500 Bürgerinnen und Bürger, sowie zahlreiche Organisationen haben sich der komiteelichen Petitionsinitiative angeschlossen. Eine Antwort des Petitionsausschusses auf das Petitionsbegehren steht noch aus.

In einer Erklärung wandte sich das Komitee gegen den schäbigen und menschenrechtswidrigen Umgang mit den Flüchtlingen, die das deutsche Rettungsschiff „Cap-Anamur“ im Mai 2004 aus dem Mittelmeer gefischt hatte. Die „Cap-Anamur-Affäre“ war zugleich Anlass, das Thema der exterritorialen EU-Lager in Nordafrika aufzugreifen. Gemeinsam mit dem „Niedersächsischen Flüchtlingsrat“ und der „Forschungsgesellschaft Flucht



und Migration“ hat das Komitee im Jahr 2005 einen Material- und Diskussionsband mit dem Titel „Ausgelagerter. Exterritoriale Lager und der EU-Aufmarsch an den Mittelmeergrenzen“ herausgegeben, der die Aufrüstung und die Errichtung von Lagern an den Mittelmeergrenzen untersucht.

Im Jahr 2005 hat die Arbeitsgruppe gegen die Errichtung extraterritorialer europäischer Lager in Nordafrika zusammen mit der „Forschungsgesellschaft Flucht und Migration“ im Mai 2005 einen internationalen Appell veröffentlicht, der die nationalen und europäischen Parlamentarier dazu aufruft, sich gegen die Errichtung von Lagern auszusprechen, den Aufbau einer geheimen Lagerstruktur zu verhindern und die bestehenden Lager aufzusuchen. Der Aufruf wurde in verschiedene Sprachen übersetzt und europaweit verbreitet.

Um auf die Verlagerung von Menschen auch in Deutschland und auf den Aktionstag vor dem Rückführungslager in Bramsche-Hesepe aufmerksam zu machen, hatte die Arbeitsgruppe einen Aufruf wider die Errichtung von Lagern in der Bundesrepublik Deutschland und der EU verbreitet, dem sich über 600 Bürgerinnen und Bürger sowie zahlreiche Organisationen angeschlossen haben. In Zusammenarbeit mit dem No-Lager-Netzwerk, in dem sich viele Flüchtlinge und Migranten organisiert haben, die selbst in Lager verbracht sind, hat das Komitee zu einer öffentlichen gewaltfreien Inspektion und Demonstration am Abschiebelager in Bramsche-Hesepe aufgerufen. Eine große Zahl der Lagerinsassen hat an der Demonstration und Kundgebung teilgenommen.

## 7. Arbeitsgruppe Soziale Menschenrechte

Das Komitee hat die von Peter Grotian initiierten Proteste und die Kampagne für ein Berliner Sozial-Ticket unterstützt.

Die Arbeitsgruppe hat die Dokumentation der Referate der von ihr im Jahr 2003 vorbereiteten Jahrestagung „Eine Politik sozialer Menschenrechte in Zeiten von Verarmung und Repression“ mit einem aktuellen Editorial versehen und herausgegeben.

Aus einer Debatte im Arbeitsausschuss ist die Bürgerinformation „Wider die Verkürzung sozialer Menschenrechte“ hervorgegangen, die neben einem analytischen und bewegungspolitisch perspektivischen Teil auch Tipps und Hinweise zum Umgang mit den Hartz-IV-Anforderungen enthält. Die Bürgerinformation ist inzwischen vergriffen.

## 8. Projektgruppe Lebenslange Freiheitsstrafe / Haftbedingungen

Die Projektgruppe hat im August 2004 eine Broschüre zum Thema „Nachträgliche Sicherungsverwahrung“ herausgegeben. Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Februar 2004 entsprechende Ländergesetze gestoppt hatte, wurde der Bundesgesetzgeber tätig und verabschiedete ein Gesetz, das über die bislang schon existierende mit dem Urteil anordnbare oder im Urteil vorbehaltenen Sicherungsverwahrung (SV) hinaus nun noch eine nachträgliche SV einführt, die die neue Koalition auch noch auf Jugendliche ausweiten will. Damit hängt über allen Gefangenen mit längerer Haftstrafe das Damoklesschwert möglicher lebenslanger Haft. Die Projektgruppe hat eine Umfrage unter Betroffenen gestartet und die Ministerien um Mitteilung erster Erfahrungen bei der Umsetzung gebeten.

Hinsichtlich der Haftbedingungen sind allorten Verschärfungen zu beobachten. Angesichts der bevorstehenden Umsetzung der Ergebnisse aus der Föderalismuskommission sind für den Strafvollzug in stärkerer Länderverantwortung noch weitere Verschärfungen zu befürchten. Das Hauptziel des Strafvollzugsgesetzes – Resozialisierung – scheint immer mehr aus dem Blick zu geraten. Hier versuchen wir ein öffentliches Gegengewicht zu bilden. Zum Bereich Gefangenearbeit liegt ein eigener Bericht der Gefangenenbeauftragten, Sonja Vack, vor.

## 9. Veröffentlichungen, Tagungen, Sonstiges

Jährlich geben wir weitere Veröffentlichungen heraus: unser Jahrbuch mit jeweiligen Schwerpunktthemen, den Grundrechte-Report

gemeinsam mit neun anderen Organisationen im Fischer-Verlag, unsere Informationen.

Im Mai 2005 haben wir zu Ehren der Geburtstage von Hanne und Klaus Vack das Buch „Das andere Deutschland nach 1945 - als Pazifist, Sozialist und radikaler Demokrat in der Bundesrepublik Deutschland - Klaus Vack“ herausgegeben.

In 2004 entwarfen wir des weiteren ein neues Werbeprospekt für das Komitee für Grundrechte und Demokratie, das hilfreich zur Werbung von Interessenten ist, auch wenn das Problem der abnehmenden Mitgliederzahl dadurch nur begrenzt, nicht gelöst werden kann. Dieses sei all unseren UnterstützerInnen zur Werbung empfohlen.

Im Jahr 2004 haben wir unseren Internet-Auftritt völlig neu strukturiert. Die Seiten sind benutzerfreundlich gestaltet, leicht können aktuelle Texte und Pressemitteilungen eingefügt werden. Bücher und Broschüren können auch online bestellt werden. Wir merken, dass immer mehr Bürger auf diese Form der Information zurückgreifen und haben viel positives Echo für Gestaltung und Inhalt erhalten.

Immer schon haben uns Bürger und Bürgerinnen, die in Konflikten und Schwierigkeiten Hilfe suchen oder die Informationen zu Bürgerrechtsfragen benötigen, geschrieben. Diese Anfragen beantworten wir grundsätzlich alle. Bei Hilfeersuchen können wir jedoch nur relativ selten selber tätig werden, da es sich oft um Anliegen handelt, die nur mit rechtsanwaltlicher Hilfe wirksam bearbeitet werden können. Allerdings können wir häufig Vorschläge machen, auf Literatur - oder inzwischen Internet-Seiten - verweisen und Kontakte zu anderen Gruppen und Organisationen vermitteln..

Vor allem sind es viele Gefangene, die sich an uns mit ihren Nöten wenden. Im Rahmen unserer Gefangenenhilfe verschicken wir ca. 400 Bücher und eine handvoll Schreibmaschinen, die sich die Gefangenen gewünscht haben, in die Knäste. Sonja Vack, unsere Gefangenenbeauftragte, berichtet über diesen bedeutenden Teil unserer Arbeit.

*Martin Singe, Elke Steven,  
Dirk Vogelskamp*